

**18. Januar 2006**

**Politischer Bericht 1/2006**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mit der Kabinettsklausur in Genshagen ist die Bundesregierung gut in das Jahr 2006 gestartet. Wir haben Fahrt aufgenommen und ein **25-Mrd.-Euro-Paket** auf den Weg gebracht und damit die richtigen Weichen gestellt, um den beginnenden Aufschwung zu stützen und somit auch für mehr Beschäftigung in Deutschland zu sorgen. Zusammen mit dem Anteil der Länder und der Kommunen sind es sogar rd. 37 Mrd. Euro. In alten DM-Beträgen sind das fast 75 Mrd. DM!

Mit diesem Programm gehen wir quantitativ und qualitativ den richtigen Weg. Wir stecken rd. 9,4 Mrd. in die Wirtschaft und die Mittelstandsförderung, wir fördern Familien mit zusätzlichen 3 Mrd. Euro, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes werden um 6 Mrd. Euro steigen, zur Förderung der privaten Haushalte als Arbeitgeber stellt der Bund 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung und die Verkehrsinvestitionen steigen um 4,3 Mrd. Euro. Wir setzen also gerade dort das Geld ein, wo es sinnvoll investiert ist (mehr dazu in der Anlage).

In Genshagen haben wir aber auch beschlossen, an der **Haushaltskonsolidierung** festzuhalten. Konsolidierung ist kein Selbstzweck. Denn nur wenn es uns gelingt, das Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen mittelfristig auszugleichen,

wird der Staat seine Handlungsfähigkeit sichern bzw. ausbauen können. Ziel ist es deshalb für das kommende Jahr, den Artikel 115 GG und das Maastricht-Defizitkriterium einzuhalten. Peer Steinbrück hat dabei die volle Rückendeckung der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir werden bereits in diesem Jahr mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 (parallel zum Haushaltsverfahren 2006) beginnen, unser Sanierungskonzept umzusetzen.

In Genshagen haben wir auch beschlossen, dass eine vom Bundesminister für Arbeit und Soziales einzurichtende Arbeitsgruppe bis zum Herbst 2006 **Vorschläge für mehr Beschäftigung für gering qualifizierte Menschen** erarbeiten soll. Dabei soll einerseits sichergestellt werden, dass Löhne nicht in den Bereich der Sittenwidrigkeit heruntergedrückt werden können, aber andererseits Menschen mehr als bisher die Möglichkeit auch zur Beschäftigung mit niedrigen Einkommen erhalten. Wir müssen uns mit diesem Thema in Ruhe und intensiv beschäftigen. Dabei ist u. a. die Frage zu klären, ob wir eine weitere Ausweitung des Niedriglohnbereichs wollen und welche Erfahrungen wir mit den unterschiedlichsten Kombilohnmodellen, die es in Deutschland gab und gibt, gemacht haben. Allein durch Mini- und Midijobs und durch die Zuverdienstmöglichkeiten bei AIG II haben wir bereits heute drei unbefristete bundesweite Kombilöhne, in dem rd. 8 Mio. Menschen arbeiten.

In dieser Woche wird das Kabinett den Gesetzentwurf **zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung** beschließen und auf den Weg bringen. Dabei geht es u. a. um die steuerliche Absetzbarkeit von **Kinderbetreuungskosten**. Die von der Familienministerin favorisierte Lösung ist aus der SPD-Sicht nicht akzeptabel, denn sie benachteiligt Alleinerziehende, auch im Vergleich zur geltenden Regelung, und schließt Geringverdiener aus. Auch ist es nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet bei Kindern bis

sechs Jahren, bei denen der Betreuungsbedarf besonders groß ist, die Absetzbarkeit erst bei 1.000 Euro beginnen soll.

Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, der besseren Bildungschancen und der gleichstellungspolitischen Wirkung wollen wir erreichen, dass die Absetzbarkeit bereits auch bei den Kindern bis 6 Jahren schon ab dem ersten Euro gilt. Klar ist aber auch, dass die gesamte Lösung nicht mehr als die vereinbarten 460 Mio. Euro kosten darf.

Letzten Freitag hat das **Parlamentarische Kontrollgremium** getagt. Hintergrund des kurzfristig einberufenen Treffens waren Presseberichte, wonach zwei Mitarbeiter des **BND** im Rahmen des Irak-Krieges – mit Kenntnis der damaligen Bundesregierung – US-Streitkräfte durch Benennung von Objekten oder durch Verifizierung von Zielen für Bombardierungen in der Kriegsführung unterstützt hätten. Das Kontrollgremium hat für diese ungeheuerliche Behauptung keine Anhaltspunkte gefunden. In dieser Woche wird das Kontrollgremium nochmals zu einer Sitzung zusammen kommen und die beiden BND-Mitarbeiter befragen. Auch werden wir im Plenum dazu ausführlich - soweit es die im Rahmen der Geheimhaltung möglich ist - debattieren. Wir stellen also größtmögliche Transparenz her.

Fest steht aber, dass es selbstverständlich richtig war, die BND-Mitarbeiter – auch nach Ausbruch des Krieges - im Irak zu belassen, um Informationen über die Lage im Irak und die sich daraus ergebende Gefahreinschätzung für unsere Soldaten in Kuwait zu gewinnen. Das gehört zu den Aufgaben von Geheimdiensten ebenso wie der Austausch von Informationen mit befreundeten Diensten.

Übrigens war der ehemalige Außenminister darüber informiert! Deshalb kann man schon darüber staunen, wie sich unser ehemaliger Koalitionspartner in dieser Frage verhält und sich nun feige in die Büsche schlägt.

Fest steht übrigens auch, dass die Geschichte des Irakkrieges und das Verhalten der rotgrünen Bundesregierung nicht umgeschrieben bzw. neu interpretiert werden muss. Das wird zwar von interessierter Seite versucht, aber wir werden nicht zulassen, unsere Glaubwürdigkeit in dieser Frage beschädigen zu lassen. Deutschland war aus guten und richtigen Gründen nicht am Irakkrieg beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Siegmund Ehrmann, MdB

## **II. Zur Woche**

### **Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch**

Wir werden in dieser Woche in 1.Lesung ein Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beraten. Dieses Gesetz hat das Ziel, die Regelleistung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in den neuen Bundesländern an die Höhe der Regelleistung in den alten Bundesländern von 345 Euro anzugleichen.

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können.

Nach der bisherigen Regelung waren unterschiedliche Leistungen in den neuen und alten Bundesländern vorgesehen, um die Unterschiede in der Verbrauchsstruktur und im privaten Konsumverhalten angemessen zu berücksichtigen.

Der Ombudsrat hat in seinem Zwischenbericht vom 29. Juni 2005 jedoch darauf hingewiesen, dass die um 14 Euro niedrigere Regelleistung in den neuen Bundesländern nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Durch die Angleichung der Regelleistung sind Mehrbelastungen in Höhe von insgesamt rund 260 Millionen Euro jährlich zu erwarten. Davon sind ca. 220 Millionen Euro vom Bund und die restlichen 40 Millionen Euro von den Kommunen zu tragen.

## **III. Aktuelles Thema**

### **Regierungsklausur Genshagen: Auftakt für ein kraftvolles Jahr 2006**

Die Bundesregierung hat mit der Kabinettsklausur in Genshagen Fahrt für 2006 aufgenommen. Sinn der Klausur war es, die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele zu konkretisieren und einen Zeitplan für die Umsetzung zu vereinbaren.

Die Prognosen für das Jahr 2006 sind positiv. Die Auftragseingänge entwickeln sich gut, die Investitionen in neue Maschinen und Ausrüstungen ziehen an und auch auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich eine Verbesserung ab. Die Wachstumsaussichten werden von vielen Experten nach oben korrigiert. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank schätzt ein Wachstum von 2 Prozent für dieses Jahr als realistisch ein. Der

Konjunkturindex des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung liegt bei 71,0 Punkten und damit so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr.

Dies zeigt, dass die Arbeit der letzten Jahre beginnt, Früchte zu tragen und die neue Bundesregierung auf einem soliden Fundament aufbauen kann.

Mit der Kabinettsklausur wurden wichtige Weichen gestellt, um den beginnenden Aufschwung zu stützen und somit auch für mehr Beschäftigung in Deutschland zu sorgen. Insgesamt steht ein Investitionsvolumen von rd. 25 Mrd. Euro für den Zeitraum 2006 bis 2009 zur Verfügung. Hinzu kommen etwa 12 Mrd. Euro von den Ländern und Kommunen, so dass insgesamt mit rund 37 Mrd. Euro zu rechnen ist.

In folgenden zentralen Bereichen werden wir mit unserem Programm wichtige und nachhaltige Impulse setzen:

• Belebung der Wirtschaft und Mittelstandsförderung	9,4 Mrd. Euro
• Private Haushalte als Arbeitgeber, insges. 5 Mrd. Euro, davon Bund	2,5 Mrd.
Euro	
• Förderung von Familien	3 Mrd. Euro
• Förderung von Forschung und Entwicklung	6 Mrd. Euro
• Erhöhung der Verkehrsinvestitionen	4,3 Mrd.
Euro	

## **1. Belebung der Wirtschaft und des Mittelstandes**

Für uns Sozialdemokraten bedeutet wirtschaftliches Wachstum, dass vor allem neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden. Die in Genshagen beschlossenen Maßnahmen der Regierung bieten hierfür eine gute Grundlage. Dies kommt besonders bei den geplanten Maßnahmen zur Belebung des Mittelstandes zum Ausdruck. Zur gezielten Förderung des Mittelstandes und zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft werden bis zum Ende der Legislaturperiode zusätzlich 9,4 Mrd. Euro eingesetzt.

- 4,4 Mrd. Euro werden für die vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven AfA bei beweglichen

Wirtschaftsgütern eingesetzt. Zum 1. Januar 2008 wird eine Unternehmensteuerreform folgen. Mit beiden Maßnahmen wird die Liquidität der Unternehmen erhöht und das Wirtschaftswachstum unterstützt.

- Die Liquidität insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen wird zusätzlich durch die Anhebung der Umsatzgrenzen bei der Umsatzbesteuerung (Ist-Versteuerung) in den alten Bundesländern von 125.000 Euro auf 250.000 Euro verbessert. Die Maßnahme wird ergänzt durch eine Verlängerung der derzeitigen Regelung für die neuen Bundesländer bis Ende 2009. Insgesamt verzichtet der Bund hier auf Steuereinnahmen in Höhe von rund 750 Mio. Euro.
- Die Fortführung der Investitionszulage für die neuen Bundesländern in der bisher gewährten Höhe wird weitere wachstumsrelevante Arbeitsplätze schaffen.
- Durch das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm sollen energetische Gebäudesanierungen intensiviert und nachhaltige Impulse für die Baukonjunktur und für den Klimaschutz gesetzt werden. Mit Hilfe des hierzu von der KfW bereitgestellten Gebäudesanierungsprogramm kann ein Darlehensvolumen von 17 Mrd. Euro und ein Investitionsvolumen von rund 28 Mrd. Euro angestoßen werden.

## **2. Private Haushalte als Arbeitgeber**

Die privaten Haushalte als Arbeitgeber werden bisher in Deutschland vernachlässigt. Das wollen wir ändern. Eine moderne Dienstleistungsgesellschaft muss sich auch in diesem Bereich entwickeln und Potenziale entfalten. Daher werden wir die steuerliche Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen deutlich verbessern und damit auch die Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

- Private Haushalte sollen dadurch entlastet werden, dass neben der Renovierung auch die Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums steuerermäßigend berücksichtigt werden können. Neben der bisher schon bestehenden Steuerermäßigung von 20 % der Aufwendungen (max. 600 Euro) für haushaltsnahe Dienstleistungen (z. B. Wohnungsreinigung, Betreuung von Familienangehörigen) wird es künftig eine weitere

Steuerermäßigung bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen geben. Somit kann jeder Haushalt bei Inanspruchnahme beider Fördertatbestände jährlich bis zu 1.200 Euro von der Steuerschuld in Abzug bringen.

- Darüber hinaus werden Haushalte mit mindestens einer pflegebedürftigen Person, im Sinne der Pflegeversicherung, zusätzlich entlastet. Neben den bereits bestehenden steuerlichen Entlastungen können auch hier für die Inanspruchnahme von zusätzlichen Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige 20 % der Aufwendungen, maximal 600 Euro, steuerlich geltend gemacht werden.
- Eine stärkere Entlastung wird es auch für Haushalte geben, in denen eine erwerbsbedingte Kinderbetreuung notwendig ist. Ziel ist es auch hier, zusätzliche Beschäftigung in diesem Bereich zu fördern. Das Gesamtvolumen dieser Förderung wird 460 Mio. Euro betragen.

### **3. Förderung von Familien**

Deutschland soll eines der familienfreundlichsten Länder werden. Dieses Ziel hat für die Bundesregierung hohe Priorität. Die Bundesregierung will Männer und Frauen besser darin unterstützen, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

- Die Bundesregierung wird deshalb für die Eltern von ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kindern ein neues Elterngeld einführen, das als einkommensabhängige Leistung ausgestaltet wird und das bisherige Erziehungsgeld ablöst. Im ersten Lebensjahr des Kindes erhält der auf die Erwerbstätigkeit verzichtende Elternteil 67 % seines letzten Nettoeinkommens - bis zu 1800 Euro monatlich. Das Elterngeld wird um ein Leistungselement für Eltern mit geringem Einkommen ergänzt (zum Beispiel ein vom Familieneinkommen abhängiger Sockelbeitrag), alle Erziehenden erhalten eine Mindestleistung.
- Die Bundesregierung fördert die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf ebenso durch Unterstützung der Länder und Kommunen beim Aufbau verbesserter Betreuungsangebote. Für die frühkindliche Betreuung entlastet die Bundesregierung die Kommunen um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. So soll

ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung für unter Dreijährige entstehen. Zudem wird der Ausbau von Ganztagschulen bis 2010 fortgeführt, für den Ausbau stellt die Bundesregierung insgesamt 4 Milliarden Euro bereit.

#### **4. Förderung von Forschung und Entwicklung**

Der Blick muss auch in die Zukunft gerichtet sein. Deshalb werden bis 2009 zusätzlich 6Mrd. Euro in zukunftsfähige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE) investieren.

- Bis zum Jahr 2010 sollen die Ausgaben von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft für FuE auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden. Ziel dieser Innovationspolitik ist es, Forschung und Wirtschaft verstärkt miteinander zu verknüpfen. Neue Technologien sollen in Deutschland entwickelt und zur Marktreife gebracht werden.

1/3 der Ausgaben sollen von der öffentlichen Hand erbracht werden. 2/3 soll die Wirtschaft

dazu beitragen. Dies erfordert Anstrengungen von beiden Seiten. Gemessen an dem vom Bund eingebrachten Anteil von 6 Mrd. wird erwartet, dass die Länder und die Wirtschaft Verantwortung für ihren jeweiligen Anteil übernehmen.

#### **5. Erhöhung der Verkehrsinvestitionen**

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert zudem Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Jede in die Verkehrsinvestition investierte Milliarde schafft bzw. sichert etwa 25.000 Arbeitsplätze. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung zusätzlich 4,3 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 - 2009 in die Verstärkung der Verkehrsinvestitionen steckt. Diese zusätzlichen Finanzmittel kommen allen drei Verkehrsträgern Schiene, Straße und Wasserstraße zugute. Die Aufteilung erfolgt unter der Prämisse, zügig hohe Beschäftigungsimpulse zu erreichen.

## **6. Fazit**

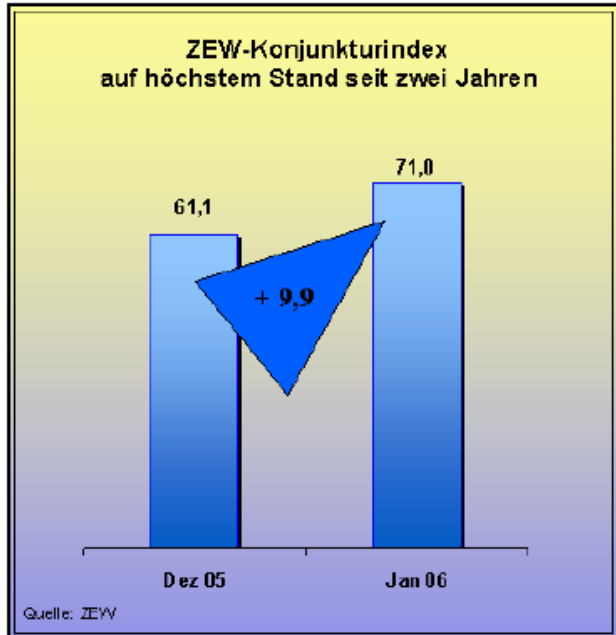
Mit dem 25-Mrd.-Euro-Investitionsprogramm unterstützt die Bundesregierung den sich abzeichnenden Aufschwung. Jetzt stehen aber auch die Länder und die Kommunen in der Pflicht, durch ihre Politik das Investitionsprogramm der Bundesregierung zu unterstützen. Das gilt insbesondere für den Auf- und Ausbau der Kinderbetreuung.

Entscheidend ist aber auch die Rolle der Wirtschaft. Sie steht nun in der Pflicht, den neuen, erweiterten Rahmen zu nutzen und neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Aber auch bei den FuE-Ausgaben müssen die Unternehmen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Mit dem 25-Milliarden-Paket haben wir eine Initialzündung für Wachstum und Beschäftigung gegeben. Jetzt kommt es darauf an, für ein Vielfaches an Investitionen zu sorgen und damit neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

## IV. Standort Deutschland

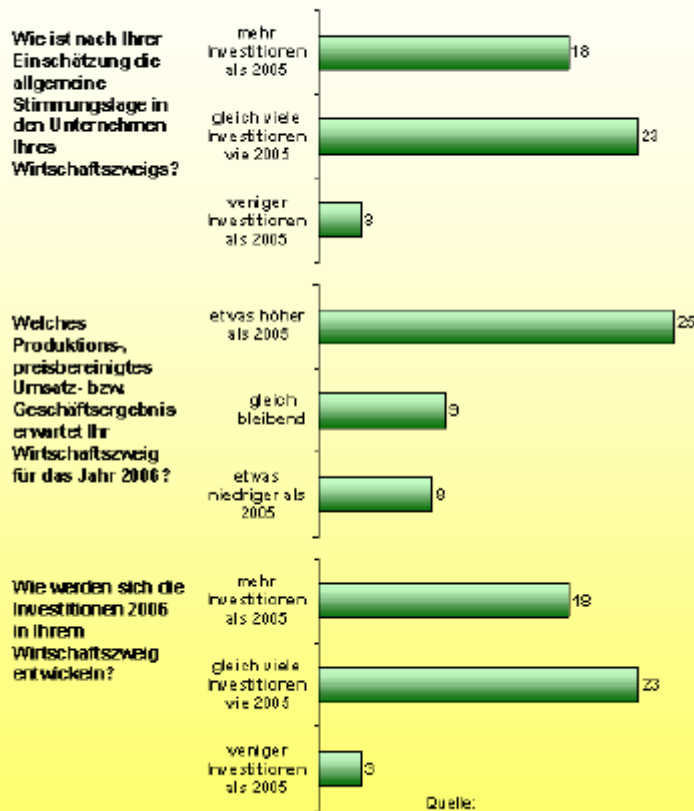
### 1. Gute Konjunkturaussichten



Die Konjunkturerwartungen von Finanzanalysten und institutionellen Investoren haben sich im Januar weiter deutlich verbessert.

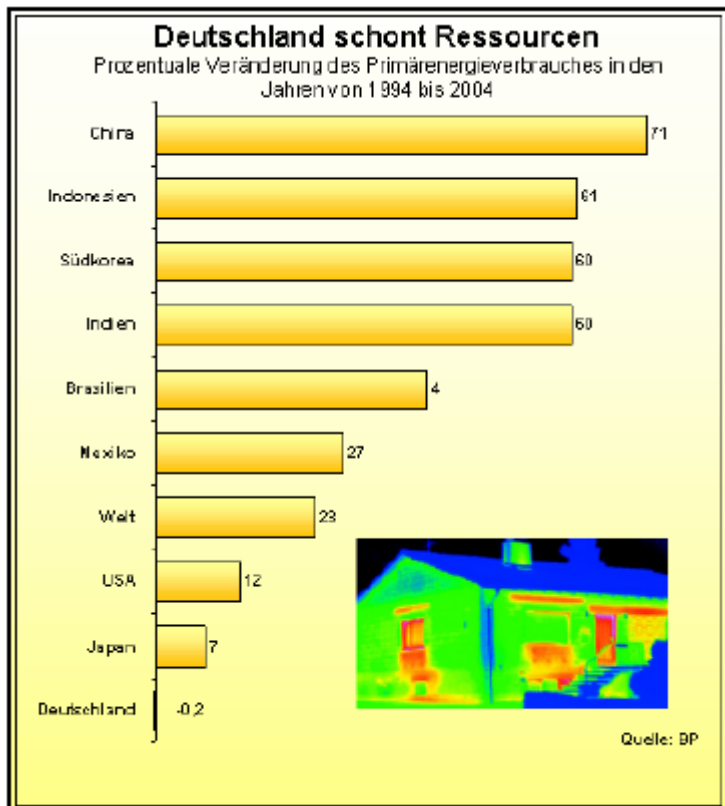
Der vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erhobene Index kletterte von 61,1 Punkten im Dezember auf 71,0 Punkte und damit auf den höchsten Stand seit zwei Jahren.

### Verbandsumfrage 2006 des IW Köln



Die deutschen Unternehmen gehen überwiegend optimistisch in das Jahr 2006

## 2. Energie



Deutschland geht mit gutem Beispiel voran:

Durch den Einsatz effizienter Energietechniken und Energieeinsparmaßnahmen sank die Energienachfrage innerhalb von zehn Jahren um 0,2 Prozent. Und: Allein im Bereich Wärmedämmung sind 45.000 Personen beschäftigt (darunter im Bereich des bisherigen CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms 25.000 Personen). Diese Maßnahmen sichern bestehende und schaffen neue Arbeitsplätze. Mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm